

Johannes Schraps.

Bundestagsabgeordneter für das Weserbergland.

Newsletter 4/2022

30. März

Liebe Genossinnen und Genossen,
liebe Freunde,

in der letzten Sitzungswoche in Berlin haben wir den zweiten Regierungsentwurf des Bundeshaushalts 2022 sowie die Eckwerte für den Bundeshaushalt 2023 und den Finanzplan bis 2026 beraten.

Die Aufstellung des Haushalts findet in einer Zeit außergewöhnlicher Herausforderungen statt: der Krieg in der Ukraine, die fortdauernde Pandemie und die gestiegenen Energiekosten. Die wirtschaftlichen Auswirkungen des Krieges für Deutschland können wir zwar noch nicht im Einzelnen absehen. Der Unsicherheit tragen wir aber Rechnung und bringen einen **Ergänzungshaushalt** in die parlamentarischen Beratungen zum Bundeshaushalt 2022 ein. Damit wollen wir die Mittel bereitstellen, die nötig sind, um die Auswirkungen des Ukraine-Kriegs abzumildern, steigende Energiekosten abzufedern und die humanitären Hilfen für die Ukraine auszubauen.

Wir werden aber auch unsere eigene Wehrhaftigkeit stärken müssen. Unsere Streitkräfte sollen die Ausrüstung bekommen, die sie brauchen, damit sie die sicherheitspolitischen Aufgaben in Deutschland und innerhalb des NATO-Bündnisses wahrnehmen können. Deshalb hat die Bundesregierung einen Gesetzentwurf zur Einrichtung eines **Sondervermögens Bundeswehr** in Höhe von 100 Milliarden Euro auf den Weg gebracht. Zugleich stellen wir sicher, dass Zukunftsinvestitionen in soziale Sicherheit, Klimaschutz und Digitalisierung nicht zu kurz kommen. Die Menschen in unserem Land können sich darauf verlassen, dass die Investitionen im Verteidigungsbereich keine notwendigen und bereits vereinbarten Ausgaben im restlichen Haushalt gefährden.

Die stark steigenden Kosten für Strom, Lebensmittel, Heizung und Mobilität sind für viele Bürgerinnen und Bürger zu einer großen Belastung geworden. Manche der Kosten sind unmittelbar spürbar, wie zum Beispiel der Benzinpreis. Andere werden sich durch höhere monatliche Vorauszahlungen oder Nachzahlungen erst verzögert im Geldbeutel bemerkbar machen. Auch besonders betroffene Unternehmen kommen zunehmend in Schwierigkeiten. Es ist klar, dass die Bundesrepublik durch Diversifizierung und Verbrauchsreduktion schnellstens unabhängig von russischen Energieimporten werden muss. Gleichzeitig bedarf es weiterer Entlastungen für die Bürgerinnen und Bürger. Um die besonders betroffenen Unternehmen zu unterstützen, werden wir nach Abschluss der Beratungen der Europäischen Kommission zum „Temporary Framework“ im Beihilferecht mit zinsgünstigen Krediten rasch und unbürokratisch die notwendige Liquidität zur Verfügung zu stellen und über weitere Maßnahmen beraten.

Die vereinbarten Entlastungsmaßnahmen beider Pakete werden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Familien, Studierende sowie Unternehmen entlasten. Auch Rentnerinnen und Rentner profitieren vom Wegfall der EEG-Umlage, von der abgesenkten Energiesteuer auf Kraftstoffe, von der ÖPNV-Aktion und – wenn sie Leistungsbezieher sind - von den Einmalzahlungen und dem Heizkostenzuschuss beim Wohngeld. Hinzu kommt die Rentnerhöhung für alle 22 Millionen Rentnerinnen und Rentner (5,3 Prozent in Westdeutschland und 6,1 Prozent in Ostdeutschland) am 1. Juli 2022. (Mehr zu den beiden Entlastungspaketen auf Seite 8 und Seite 9)

Viel Spaß beim Lesen des Newsletters.

Euer Johannes

Johannes Schraps



Inhaltsverzeichnis

- Seite 2** — Wahlkreis-Konferenz Northeim und Einbeck
- Wahlkreis-Konferenz Hameln
- Seite 3** — Wahlkreis-Konferenz Bad Pyrmont
- Wohnungen für ukrainische Geflüchtete gesucht
- Seite 4** — Besuch des AEG Hameln
- Besuch der Elisabeth-Seifert Schule
- Seite 5** — Diskussion von Libmod zur Ukraine
- Seite 6** — Gespräch mit Michail Chodorkowski
- Teilnahme am Deutsch-Britischen Sicherheitsdialog
- Seite 7** — Themenüberblick Bundestag
- Seite 8** — Maßnahmen zum Entlastungspaket
- Seite 9** — Maßnahmen zum Entlastungspaket

Ihr findet mich auch bei:



WAHLKREISKONFERENZ DER WAHLKREISE NORTHEIM UND EINBECK

Die Kandidaten der SPD für die Landtagswahlkreise 17 (Northeim) und 18 (Einbeck) stehen fest. Bei den Wahlkreiskonferenzen der SPD für die Landtagswahlkreise Einbeck und Northeim am 12. März 2022, wählten die Delegierten der SPD-Ortsvereine aus den insgesamt 13 Städten und Gemeinden jeweils ihren Landtagskandidaten.

Für den Landtagswahlkreis Northeim stand Sebastian Penno zur Wahl. Der 31-Jährige aus Northeim erhielt 86 Prozent der Delegiertenstimmen und wird somit für die SPD bei der Landtagswahl am 09. Oktober 2022 zur Wahl stehen. Für den Landtagswahlkreis Einbeck stellten sich zwei Kandidaten zur Wahl. Hier traten die beiden Einbecker René Kopka und Marcus Seidel an. Während Marcus Seidel 19 Stimmen erhielt, stimmten 25 Delegierte für René Kopka, sodass der 44-

Jährige Einbecker im ersten Wahlgang zum Kandidaten der SPD im Wahlkreis Einbeck gewählt wurde. Mit René Kopka und Sebastian Penno haben die Delegierten am Samstag zwei Kandidaten gewählt, die ohne Eingewöhnungsphase nach der Landtagswahl loslegen können. Ihre bisherige berufliche politische Erfahrung in Verbindung mit ihrer kommunalpolitischen Tätigkeit

sprechen für die beiden. Gerade in unsicheren Zeiten wie diesen ist Verlässlichkeit der Schlüssel. Ich werde die beiden selbstverständlich unterstützen, damit Uslar und Bodenfelde in meinem Wahlkreis gut im Landtag vertreten sind. Ich finde, eine gute Wahl für die beiden Landtagswahlkreise und eine sehr kompetente Nachfolge für Uwe Schwarz und Frauke Heiligenstadt, die nun meine Bundestagskollegin ist.



WAHLKREISKONFERENZ DES WAHLKREISES HAMELN

Für den Landtagswahlkreis Hameln geht der Hamelner Constantin Grosch ins Rennen um das Landtagsmandat im Wahlkreis Hameln, Hessisch Oldendorf und Rinteln. Am 19. März haben die Delegierten im Schaumburger Hof über ihren Landtagskandidaten entschieden. Gemeinsam mit meiner Bundestagskollegin Marja Liisa Völlers haben wir an der Wahlkreiskonferenz teilgenommen.

Constantin konnte mit seiner klarer Kommunikation und seinen klaren Lösungsideen für die vor uns liegenden Herausforderungen überzeugen. Er steht für eine Politik, die Probleme löst – auch wenn die Antworten im ersten Moment teils unangenehm scheinen und Überzeugungsarbeit notwendig ist. Er ist ein wahrlicher Kämpfer für ein starkes Weserbergland! Sein Dank

galt auch den beiden Mitkandidaten Carsten Ruhнау und Nils Heisterhagen. Der Diskussionsprozess hat einmal mehr gezeigt, dass die SPD im Weserbergland viele starke Köpfe und ein

umso schlagkräftigeres Team über alle Ebenen hinweg hat. Als Gruppensprecher der Mehrheitsgruppe im Kreistag Hameln-Pyrmont und Vorsitzender der SPD Kreistagsfraktion, bringt Constantin die nötige

kommunalpolitische Erfahrung als Landtagsabgeordneter mit. Ich kenne und schätze Constantin sehr für sein politisches Gespür. Auch er kann sich meiner Unterstützung sicher sein.



WAHLKREISKONFERENZ DES WAHLKREISES BAD PYRMONT

Mit der Wahlkreiskonferenz für den Wahlkreis Bad Pyrmont, bestehend aus: Aerzen, Bad Münder, Bad Pyrmont, Coppenbrügge, Emmerthal und Salzhemmendorf wurde Uli Watermann am 28. März in Emmerthal mit einem überragendem Ergebnis als Landtagskandidat gewählt. Innenminister Boris Pistorius ließ es sich nicht nehmen, für „seinen“ innenpolitischen Sprecher eine Rede zu halten. Er ging darin auf die aktuelle Lage des Katastrophenschutzes, den Umgang mit den Flüchtenden und die somit notwendigen Voraussetzungen, die Land und Bund schaffen müssen, ein. Zum Abschluss seiner Rede würdigte er Uli als hartnäckigen und fairen Vertreter der innenpolitischen Interessen.

Uli vertritt seit 1998—mit einer Unterbrechung von 2003-2008— den Wahlkreis Bad Pyrmont. In seiner fast 50 jährigen Parteimitgliedschaft hat und hatte er viele politi-



sche Ämter inne. So ist er zur Zeit Schatzmeister der SPD Niedersachsen, stellv. Vorsitzender des SPD Bezirks Hannover und Schatzmeister im Unterbezirk Hameln-Pyrmont. Durch seine langjährige politische Erfahrung als Ratsmitglied in Bad Pyrmont und Mitglied

des Kreistages Hameln-Pyrmont, bringt er diese auch für das Landtagsmandat ein. Ich arbeite schon jetzt eng und sehr vertrauensvoll mit Uli zusammen und ganz gewiss werden wir in diesem Wahlkampf auch gemeinsam für sein Landtagsmandat kämpfen.

WOHNUNGSSUCHE FÜR GEFLÜCHTETE AUS DER UKRAINE

In den Landkreisen Hameln-Pyrmont und Holzminden sind bereits viele Geflüchtete aus Ukraine angekommen. Über die offiziellen Wege sind in Hameln-Pyrmont über 900 Personen und in Holzminden 400 Personen aufgenommen worden. Dies ist aber nur ein kleiner Teil der Menschen die bereits bei uns sind. Viele sind bei Bekannten und Verwandten untergekom-

men, man geht vom einem Vielfachen an Personen aus. Auch mein Team und ich sind auf vielfältige Weise aktiv und unterstützen, wo es geht. Ich weiß von vielen von Euch, dass sie sich auch ganz persönlich für Geflüchtete einsetzen. Dafür habt ihr alle meinen Respekt und ich danke Euch sehr für Euren Einsatz! Da es sich hauptsächlich um Frauen mit Kindern handelt,

die zur Zeit in Unterkünften wie z.B. der Jugendherberge in Bodenwerder untergebracht sind, ist Wohnraum ganz dringend gefragt. Deshalb habe ich eine Bitte an Euch: Wisst ihr von freiem Wohnraum, habt ihr eventuell eine Wohnung zu vermieten, wendet Euch an Eure Kommune, die Ansprechpartner dort, sind sehr dankbar für jede freie Wohnung!

BESUCH DES AEG IN HAMELN

Die Freude war groß! In der Woche vom 21. und 25. März 2022 wollte der Jahrgang 10 des Albert Einstein Gymnasiums Hameln seine Jahrgangsfahrt in Berlin verbringen und mich im Bundestag besuchen. Aber wie schon so oft in der Vergangenheit, hat Corona erneut einen Strich durch die Planung gemacht, die Fahrt musste abgesagt werden. Um kurzerhand den Jugendlichen doch eine Möglichkeit zu bieten in meine politische Arbeit zu schnuppern, konnte ich das Albert Einstein Gymnasium Hameln persönlich vor Ort besuchen und mit dem 10. Jahrgang ins Gespräch kommen. Dass es geklappt hat, hat mich ganz besonders gefreut. Der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine, eine, auch vor allem für junge Menschen, unfassbare und beängsti-

gende Situation, war ein Hauptthema unserer Diskussion. Es hat gut getan, sich darüber auszutauschen zu können. Vielleicht klappt es in der nahen Zukunft

doch noch einmal den 10. Jahrgang persönlich in Berlin begrüßen zu können. Das würde mich sehr freuen.



BESUCH DER ELISABETH SELBERT SCHULE IN HAMELN

Anfang März hat mich die 11. Klasse der Hamelner Elisabeth-Selbert-Schule eingeladen, um mit den

sprechen. Nur wussten wir bei der Einladung durch die Schülerinnen und Schüler noch nicht, dass wir

setzt und komplett durcheinander würfelt. Natürlich konnte auch ich etwas dazu sagen. Schließlich beschäftige ich mich seit vielen Jahren mit der Ukraine und Russland.



nicht mehr von einem Konflikt, sondern über einen barbarischen, erbarmungslosen und furchtbaren Angriffskrieg sprechen. Ein Krieg, der als schlimmster kriegerischer Akt auf europäischen Boden seit dem 2. Weltkrieg eingeordnet werden muss. Und ein Krieg, der

Am Ende war es trotz der bedrückenden und schlimmen Situation ein gutes, wichtiges und vor allem sehr ernstes, nachhaltiges Gespräch. Vielleicht wird uns dadurch wieder einmal mehr bewusst, dass Frieden und Freiheit nicht selbstverständlich sind und wir dieses kostbare Gut viel mehr zu schätzen wissen sollten. Vielen Dank an die 11. Klasse der Elisabeth-Selbert-Schule für die Einladung und das große Interesse an dem Gespräch.

Schülerinnen und Schülern über den Konflikt in der Ost-Ukraine zu

die uns bekannte Friedensordnung des ganzen Kontinents aufs Spiel

GESPRÄCH MIT DEM BOTSCHAFTER GEORGIENS LEVAN IZORIA



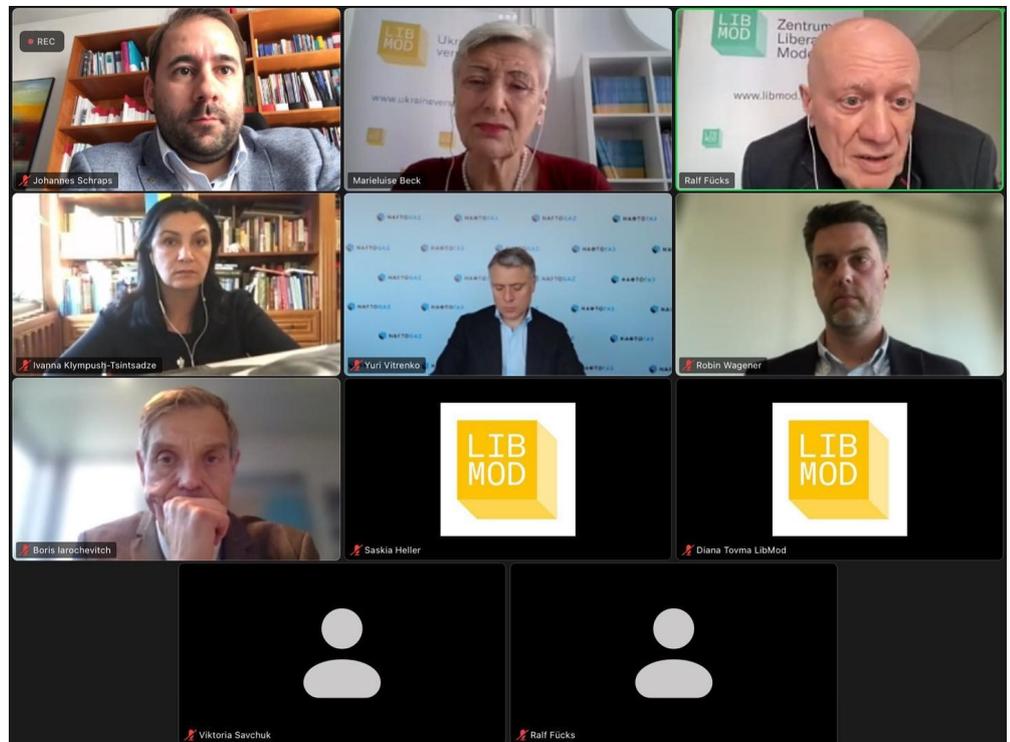
In Berlin hatte ich ein Gespräch mit dem Botschafter Georgiens Levan Izoria. Zu besprechen gab es wirklich viel. Georgien hat einen EU-Beitrittsantrag gestellt. Nun wird er geprüft. Im Kontext des Angriffskrieges Russlands gegen die Ukraine wächst die Sorge Georgiens um die eigene Sicherheit.

Für mich gehören sowohl Georgien, als auch die Ukraine und Moldau zur europäischen Gemeinschaft. Wir haben aber auch die Westbalkanländer, die auf ihren Beitritt warten. Wir müssen schauen, wie wir diesen Prozess voranbringen.

DISKUSSION DES ZENTRUMS FÜR LIBERALE MODERNE ZUM KRIEG IN DER UKRAINE

Letzte Woche habe ich an der Diskussion des LibMod - Zentrums Liberale Moderne zum Krieg in der Ukraine teilgenommen. Ivanna Klymush-Tsintsadze, Vorsitzende des Ausschusses für EU-Integration im ukrainischen Parlament und Olga Stefanishyna, stellv. Ministerpräsidentin der Ukraine, zuständig für die Europäische Integration, haben die katastrophale Situation vor Ort noch einmal eindrücklich geschildert.

Michael Siebert vom Europäischen Auswärtigen Dienst (EAD) hat aus Brüssel dazu berichtet. Yuri Vitenko von Naftogaz Ukraine, Boris Iarosevich vom Europäischen Auswärtigen Dienst, Marielouse Beck vom Libmod, mein Kollege von den Grünen Robin Wagener und ich haben zur aktuellen Lage und besonders



zu unseren Handlungsmöglichkeiten diskutiert. Ich halte es für besonders wichtig die Stimmen der

ukrainischen Kolleginnen und Kollegen zu hören. Danke für die Einladung!

GESPRÄCH MIT MICHAIL CHODORKOWSKI



lebenden russischen oppositionellen Politiker, auszutauschen. Vor allem die Einblicke in die Sichtweise der russischen Opposition zu bekommen ist wichtig, um ein vollständiges Bild über die Situation



Auf Einladung von LibMod - Zentrum Liberale Moderne hatte ich die Möglichkeit mich mit Michail Chodorkowski, dem im Exil

in Russland zu haben. Das Gespräch fand im Vorfeld der Konferenz mit dem Titel „Russland und der Westen“ statt, bei der

insbesondere die Frage diskutiert wurde, wie man mit einem repressiven und konfrontativen Russland umgehen sollte.

TEILNAHME AM DEUTSCH-BRITISCHEN SICHERHEITSDIALOG



Letzte Woche habe ich am Deutsch-Britischen Sicherheitsdialog, organisiert von der Friedrich-Ebert Stiftung teilgenommen.

Bei meinem Panel ging es um das Thema, das uns alle in der letzten Zeit sehr beschäftigt: der Krieg in der Ukraine. Wir können die Ukraine nur gemeinsam mit unseren Partnern gut unterstützen können. Deswegen ist es wichtig, dass wir uns treffen und besprechen, wie mit all den Fragen in Deutschland und Großbritannien umgegangen wird.

THEMENÜBERBLICK BUNDESTAG

Heizkostenzuschuss für Menschen mit niedrigem Einkommen

Die steigenden Energiepreise sind vor allem für Menschen mit niedrigem Einkommen eine hohe finanzielle Belastung. Um diese Belastungen abzufedern und soziale Härten zu vermeiden, beschließen wir in dieser Woche einen einmaligen Heizkostenzuschuss. Einen entsprechenden Gesetzentwurf von SPD, Grüne und FDP beraten wir abschließend in 2./3. Lesung. Neben 710.000 Wohngeld beziehenden Haushalten (rund 1,6 Millionen Personen) sollen auch rund 370.000 BAföG-Bezieherinnen- und Bezieher und rund 75.000 AufstiegsBAföG-Empfängerinnen und Empfänger sowie rund 65.000 Personen, die Berufsausbildungsbeihilfe oder Ausbildungsgeld beziehen, diesen Zuschuss erhalten. Die Auszahlung des Zuschusses erfolgt nun für alle automatisch, dafür hatten wir uns in den Beratungen stark gemacht.

Im parlamentarischen Verfahren setzen wir uns für eine Erhöhung des Zuschusses ein, um die steigenden Preise besser abzufedern.

Medien- und Kommunikationsbericht der Bundesregierung 2021

Im aktuellen Medien- und Kommunikationsbericht informiert die Bundesregierung über ihre medienpolitischen Leitlinien. Unter anderem geht der Bericht der Frage nach, wie Anreize zur Entstehung sogenannter kooperativer Medienplattformen gesetzt werden können.

Das Bundeskabinett hat den Medienbericht bereits im Juni 2021 beschlossen, nun startet die Beratung.

Der Bedeutungszuwachs digitaler Plattformen, insbesondere von marktdominierenden Plattformen wie Google, Facebook, Twitter etc., hat einen gesellschaftlichen Wandel eingeläutet, der auch das traditionelle Mediensystem vor große Herausforderungen stellt.

Eine Entwicklung, der neue kooperative Medienplattformen entgegenwirken könnten. Gemeint sind damit Plattformen, die digitale Fernseh-, Radio- und/oder Printangebote miteinander verknüpfen und ihnen dadurch zu größerer Sichtbarkeit im Netz verhelfen. Allerdings gibt es solche Plattformen bisher kaum. Inwiefern der Bund ihre Entstehung durch staatliche Anreize fördern könnte, ist eine der Fragen, denen der aktuelle Medienbericht nachgeht. Der Bericht ist eine wichtige Grundlage für die medienpolitischen Vorhaben der 20. Legislatur: Ziel ist die Schaffung eines adäquaten Rechtsrahmens, der Medienakteuren die Zusammenarbeit auch auf neuen kooperativen Medienplattformen ermöglicht. Dafür läuft die Abstimmung zwischen Bund, Ländern und Kommunen.

Spürbare Entlastung durch vorzeitige Absenkung der EEG-Umlage

In den vergangenen Monaten sind die Energiepreise auf den Großhandelsmärkten sehr stark angestiegen. Dies bedeutet höhere Strom-

preise für viele Letztverbraucherinnen- und Verbraucher wie Privathaushalte und Unternehmen. In 2022 machten ca. 40 Prozent des Strompreises Steuern, Abgaben und Umlagen aus. Davon entfallen rund 11 Prozent auf die EEG-Umlage. Wir wollen Verbraucherinnen- und Verbraucher und Unternehmen vor hohen Energiepreisen schützen. Deshalb bringen die Regierungskoalitionen in dieser Woche einen Gesetzentwurf ein, der die vorzeitige Absenkung der EEG-Umlage von 3,723 Cent/kWh auf null zum 1. Juli 2022 vorsieht. Strom beziehende Unternehmen und Verbraucherinnen und Verbraucher sollen am Ende auch wirklich von der Absenkung profitieren. Deshalb wird bei Neuverträgen die EEG-Umlage ab dem 1. Juli 2022 nicht mehr preisbildend berücksichtigt. In bestehenden Verträgen ist die Absenkung – unabhängig von vertraglich festgelegten Preisänderungsrechten und Preisgarantien – an die Letztverbraucherinnen und Verbraucher weiterzugeben. Zudem erhöhen wir die Transparenz: Stromlieferanten werden künftig dazu verpflichtet, den Betrag, um den sich die Stromrechnung durch die gesenkte EEG-Umlage gemindert hat, in der nächsten Rechnung gesondert auszuweisen.

Die Einnahmehausfälle für Übertragungsnetzbetreiber werden mit rund 6,6 Milliarden Euro durch den Energie- und Klimafonds (EKF) beglichen.

MAßNAHMEN ZUM ENTLASTUNGSPAKET

+++

Weiteres Maßnahmenpaket beschlossen!
So entlasten wir Verbraucher:innen

+++

 **300 Euro Energiepreispauschale für Erwerbstätige**

 **90 Tage ÖPNV für 9 Euro pro Monat**

 **200 Euro für Empfänger:innen von Transferleistungen**

 **Familienzuschuss: 100 Euro pro Kind**

 **Energiesteuer auf Kraftstoffe für 3 Monate runter**

SPD

Maßnahmen des ersten Entlastungspaketes vom 23. Februar 2022

- **Abschaffung der EEG-Umlage zum 1. Juli:** Dadurch spart ein Drei-Personen-Haushalt mit einem Jahresverbrauch von 6.000 Kilowattstunden 133 Euro.
- **Erhöhung der Fernpendlerpauschale** rückwirkend zum 1. Januar 2022 auf 38 Cent ab dem 21. Kilometer. Zudem können höhere Werbungskosten von der Steuer abgesetzt werden.
- **Heizkostenzuschuss für** Wohngeldempfängerinnen– und Empfänger, Azubis und Studierende: Der Zuschuss wird automatisch ohne Antragstellung ausbezahlt und beträgt für eine Person 270 Euro; bei zwei Personen 350 Euro und bei jeder weiteren Person je 70 Euro. Studierende und Azubis erhalten einmalig 230 Euro.
- Einmalzahlung von 100 Euro für

Bedürftige: Davon profitieren vor allem Menschen, die Arbeitslosengeld II oder Grundsicherung beziehen.

- **Sofortzuschlag von 20 Euro pro Monat** für von Armut betroffene Kinder: Bis zur Einführung der Kindergrundsicherung helfen wir damit denjenigen Kindern, die besondere finanzielle Unterstützung brauchen.
- **Höherer Grundfreibetrag:** Der steuerfreie Anteil des Einkommens steigt von derzeit 9.984 Euro um 363 Euro auf 10.347 Euro.
- **Erhöhung des Arbeitnehmerpauschbetrags** um 200 Euro auf 1200 Euro. Der erhöhte Freibetrag gilt rückwirkend ab dem 1. Januar 2022.
- **Erhöhung des Mindestlohns** auf 12 Euro: Damit erhöhen wir das Nettoeinkommen für viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Deutschland.

- **Verlängerung des Kurzarbeitergeldes:** Wir verlängern die Sonderregelungen bis zum 30. Juni 2022 und unterstützen damit Beschäftigte und Unternehmen in der Pandemie.
- **Steuerliche Erleichterungen:** Wir entlasten weiterhin die Wirtschaft in der Pandemie und haben das Vierte Corona-Steuerhilfegesetz beschlossen:
 - o Erweiterte Verlustverrechnung
- **Verlängerung degressive Abschreibung** um ein Jahr
- **Verlängerung der Home-Office-Pauschale** um ein Jahr
- **Steuerbefreiung Zuschüsse** zum Kurzarbeitergeld
- **Steuerfreiheit für den Corona-Pflegebonus**

Maßnahmen des zweiten Entlastungspaketes vom 24. März 2022 Entlastungen für Bürgerinnen und Bürger

- **Energiepreispauschale** von 300 Euro für einkommenssteuerpflichtige Erwerbstätige und Selbständige. Zudem unterliegt die Pauschale der Einkommenssteuer, so dass sie umso geringer ausfällt, je höher der Steuersatz ist.
- **Einmalbonus von 100 Euro für jedes Kind:** Damit federn wir besondere Härten für Familien ab. Der Bonus wird auf den Kinderfreibetrag angerechnet.
- **Einmalzahlung von 100 Euro für Empfängerinnen und Empfänger von Sozialleistungen:** Die Zahlung gilt zusätzlich zu der bereits im Februar beschlossenen Einmalzahlung von 100 Euro.
- **Absenkung der Energiesteuer auf Kraftstoffe:** 3 Monate lang 30 Cent weniger für Benzin und 14 Cent weniger für Diesel (europäisches Mindestmaß).

MAßNAHMEN ZUM ENTLASTUNGSPAKET

Stabile Energieversorgung durch Diversifizierung unserer Energiequellen

- **Ausbau der Erneuerbaren Energien:** Die Bundesregierung wird noch in 2022 die dafür notwendigen Gesetze auf den Weg bringen, um vor allem Genehmigungs- und Planungsverfahren zu beschleunigen.
- **Bereitstellung von Gas:** Wir werden die Beschaffung und den Import von Flüssiggas (LNG) beschleunigen. Dazu wird die Bundesregierung zeitnah den Bau von Flüssiggas-Terminals unterstützen. Wichtig ist, dass diese auch H2-ready, also nutzbar für Wasserstoff sind. Zudem haben wir bereits ein Gesetz auf den Weg gebracht, der die Betreiber von Gasspeichern zu Mindestfüllständen verpflichtet.
- **Förderung von Wasserstoff:** Wir beschleunigen den Hochlauf unserer Wasserstoffwirtschaft und bau-

en unsere internationalen Lieferpartnerschaften aus. Dazu werden wir auch verstärkt klimaneutralen Wasserstoff importieren.

Stärkung des Ordnungsrahmens

- **Entlastungen für Verbraucherinnen und Verbraucher gewährleisten:** Wir werden alle Möglichkeiten prüfen, durch kartell- und wettbewerbsrechtliche Maßnahmen sicherzustellen, dass die Absenkung der Energiesteuern und sinkende Rohstoffpreise auch wirklich an die Kundinnen und Kunden weitergegeben werden.
 - **Stärkung der Marktaufsicht und -regulierung:** Wir wollen – auch mit unseren europäischen Partnern – an Lösungen arbeiten, um künftigen Fehlentwicklungen auf den Rohstoffmärkten besser begegnen zu können.
- ### Verringerung des Energieverbrauchs
- **Förderung von energieeffizienten**

Gebäuden: Wir reformieren das Gebäudeenergiegesetz und legen im Neubau ab 1. Januar 2023 den Effizienzstandard 55 fest. Zudem soll ab 2024 möglichst jede neu eingebaute Heizung zu 65 Prozent mit Erneuerbaren Energien betrieben werden. Für Immobilieneigentümer: innen werden wir den Austausch von über 20 Jahre alten Heizungsanlagen erleichtern

- **Stärkung der Fernwärme:** Wir werden eine flächendeckende kommunale Wärmeplanung einführen und als zentrales Koordinierungsinstrument für lokale, effiziente Wärmenutzung verankern. Wir wollen bei der Fernwärme für 2030 einen Anteil von mindestens 50 Prozent klimaneutraler Wärme erreichen. Dazu werden wir unter anderem dafür sorgen, dass Abwärme schnell und unkompliziert in die Fernwärme integriert werden kann.

Büro Hameln

Heiliggeiststraße 2
31785 Hameln
05151 107 33 99

Büro Holzminden

Obere Str. 44
37603 Holzminden
05531 5030

Büro Berlin

Platz der Republik 1
11011 Berlin
030 227 77295

johannes.schraps.wk@bundestag.de

johannes.schraps@bundestag.de

V.i.s.d.P:

Berliner Büro, Johannes Schraps, Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Autorinnen und Autoren: Heike Beckord, Alexandra Bruns, Martin Drelichowski, Lea Feldhaus, i
Philipp Klein, Dr. Irina Knyazeva